

<b>Plenarprotokoll 19/36</b>	Turnus <b>15.20</b> Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 6/6
	- bk -

**Dr. Matthias Kollatz (SPD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist gut, dass wir heute über die Bauordnung reden. Die Änderungen in der Bauordnung sind notwendig und fällig; es ist ja auch schon gesagt worden, dass sie eigentlich überfällig sind. – Ja, das stimmt, Herr Otto, es wäre besser gewesen, wir hätten das früher hinbekommen. Letztlich ist es aber so, dass das auch ein Stück weit daran gescheitert ist, dass es zu wenige Gemeinsamkeiten darüber gab, wie man tatsächlich Sachen beschleunigen und schneller machen kann. Das gehört, glaube ich, auch dazu, dass man das sagt.

Heute ist das aber – und das ist wichtig – insbesondere eine Richtungsdebatte, weil es in dieser Wahlperiode viele Gesetzgebungsprozesse in diesem Zusammenhang geben wird: in Sachen Vereinfachung, in Sachen einer Generalklausel zum Gebäudetyp E – E wie Experiment –, bei dem Innovationen ermöglicht werden sollen, bei denen Bauziele auf anderen Wegen als auf den bislang in Standards festgeschriebenen erreicht werden sollen – wer sich dafür interessiert, kann das in Punkt 8 des Wohnungsgipfels nachlesen –, in Sachen Abwägungsprinzipien, wo der Bund ja versprochen hat, bis zum Ende des Jahres etwas zugunsten klimaschützender Investitionen zu bringen, in Sachen Generalklausel für Bauen in Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt – Berlin zählt sicherlich dazu; vergleiche Punkt 3 des Wohnungsgipfels – analog zum Flüchtlingsbaurecht, also eine sehr generelle Klausel, die über das Baugesetzbuch kommen soll, in Sachen weiterer Elemente einer neuen Musterbauordnung mit weiteren Öffnungen im Holzbau auf Bundesebene und in Sachen Schaffung einer neuen Gemeinnützigkeit für einen profitablen, aber nicht gewinnmaximierenden Unternehmenstyp im sozialen Wohnungsbau – um die mir präsenten wichtigsten zu nennen.

...

<b>Plenarprotokoll 19/36</b>	Turnus <b>15.30</b> Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 1/5
	- ap -

Es steht also viel an. Deswegen ist es von großer Wichtigkeit, dass uns klar ist: Das, was wir heute machen, ist nicht ein Gesamtkunstwerk in dem Sinne, dass es das Ende einer Diskussion darstellt, sondern es geht um Schritte auf einem Weg, die weiterführen werden und auch weiterführen sollen.

Die Beratungen in dieser Wahlperiode bieten aber auch eine Chance, einzelne Maßnahmen zu bewerten und, wenn nötig, weiterzuentwickeln. Alles in allem ist das eine der Aufgabe, die wir in den nächsten drei, dreieinhalb Jahren hier versuchen müssen hinzubekommen.

Deswegen geht es jetzt auch nicht um eine vollständige Auflistung; ich will mich mit einigen Punkten kurz beschäftigen. Das eine ist die Typengenehmigung, das Zweite sind die Entwicklungsmöglichkeiten im Holzbau, das Dritte ist das Konzept, das hier in dem Entwurf für die Bauordnung verfolgt wird: der Verzicht auf Doppelarbeit der Verwaltung. Wenn noch Zeit ist, will ich auch noch zu einem vierten Punkt etwas sagen.

Mir sind die Entwicklungsmöglichkeiten im Holzbau besonders wichtig. Warum? – Berlin belegt aktuell in einer vor wenigen Tagen veröffentlichten bundesweiten Statistik – sehr zum Leidwesen anderer übrigens, insbesondere in Bayern – beim Holzbau in Deutschland den ersten Platz. Der Vorsprung ist insbesondere im Bereich der sonstigen Gebäude erreicht worden, wie Kitas, Schulen, Hallen. Der Holzbau macht aber auch Sinn bei Modulare Unterkünften für Flüchtlinge, bei Gebäuden für studentisches Wohnen und mehr, auch in steigendem Umfang bei Mehrfamilienhäusern. Diesen Vorsprung gilt es zu halten und auszubauen. Ich sage auch hierzu – das hat Herr Otto gerade angesprochen –, man muss gucken: Welche Bestimmungen erreichen dort vielleicht gar nicht die Ziele, die erreicht werden sollen? Dann können wir auch die Beratungen nutzen, um das noch zu ändern.

Auch wenn es immer Proteste gegen Baumaßnahmen gibt und vermutlich auch in Zukunft geben wird, stellt der Holzbau die bekannteste, wichtigste Möglichkeit dar, hohe klimaschädliche Beiträge bei Neubauten ganz zu vermeiden oder deutlich zu verringern. Holz speichert CO<sub>2</sub>, Holzgebäude sind trockener als konventionell errichtete und werden deswegen auch als behaglicher empfunden. Ganz nebenbei sind sie auch noch im oberen Bereich bei der Energieeffizienz angesiedelt. Deutschland als waldreiches Land ist hier bei Weitem nicht am Ende seiner Möglichkeiten. Jeder zusätzliche Baum im Haus – so kann man sich das erklären – senkt durch die Bindung von CO<sub>2</sub> die Temperaturen etwas ab. Strategisch muss die Energieeffizienzbetrachtung in der Betriebsphase – das ist das, was wir bisher haben, was aber eben nicht ausreicht – über eine Lebenszyklusbetrachtung erweitert werden für CO<sub>2</sub> und Klimagase.

<b>Plenarprotokoll 19/36</b>	Turnus <b>15.30</b> Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 2/5
	- ap -

Ich denke, wir sollten in den Beratungen der Bauordnung dahin kommen, dass, wenn Holzbau in einem anderen Bundesland eine Genehmigung erhalten hat, es in Berlin auch eine im Rahmen der Experimentierklauseln in den nächsten Jahren geben muss, wobei die Resultate nach der Errichtung durchaus ausgewertet werden sollen. Die Experimentierklausel ist sicherlich eine der Möglichkeiten, die noch nicht völlig ausgeschöpft sind in der Bauordnung, wo wir auch weiterkommen können; das würde uns unter dem Gesichtspunkt helfen.

Es ist wichtig, dass auch eine Typengenehmigung eingeführt, wieder eingeführt – wie auch immer heute die Worte gebraucht wurden – wird. Ich hoffe, die Beratungen werden ergeben, dass es dort ruhig noch etwas mehr sein kann. Auch dort hat der Wohnungsgipfel auf Bundesebene schon Hinweise gegeben. Dort haben zum Beispiel die Bundesländer erklärt, dass Typengenehmigungen auch ohne Auflagen in anderen Bundesländern gelten sollen. Der Holzbau kann preislich in serieller Fertigung zum konventionellen Bau aufschließen, wenn er im Wesentlichen als modularer Bau erfolgt. Deswegen – wenn Sie bei Punkt 13 des Wohnungsgipfels schauen – macht es Sinn, hier in der Bauordnung noch etwas im Beratungsprozess hineinzubringen; das konnte nicht in dem Entwurf drin sein, weil der Wohnungsgipfel erst vor wenigen Wochen war.

In Sachen Typengenehmigung kann Berlin auch versuchen, zu einem Vorreiter zu werden – genauso, wie es in Berlin faktisch beim standardisierten Schulbau gelungen ist – und nicht nur Genehmigungen anderer zu ertragen. Typengenehmigungen werden ein Standortfaktor werden, auch einer für eine moderne, serielle Bauwirtschaft.

Der Verzicht auf Mehrfachbearbeitung durch Verwaltungen, dieser neue Ansatz zielt darauf, dass Behörden nicht doppelt am selben Sachverhalt arbeiten. Davon verspricht sich der Senat eine erhebliche Verfahrensbeschleunigung. Das heißt, die Genehmigung der Bauaufsichtsbehörde zum Beispiel – das wurde schon erläutert – muss nicht noch mal als eine Genehmigung der Bauaufsichtsbehörde erfolgen, wenn sie schon bei einer anderen Genehmigung erfolgt ist, zum Beispiel durch die Behörde, die für Wohnraumzweckentfremdungen zuständig ist.

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Kommen Sie bitte zum Schluss!

**Dr. Matthias Kollatz (SPD):**

– Gerne! – Wichtig ist, was angesprochen wurde: Gerade die IT-Aufrüstung der Verwaltung führt dazu, dass die dezentrale Tätigkeit der Verwaltung dadurch eher ge-

<b>Plenarprotokoll 19/36</b> Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Turnus <b>15.30</b> Uhr
	Seite 3/5
	- ap -

stärkt werden kann; das wäre der umgekehrte Ansatz zu dem, den Herr Otto dargestellt hat.

Insgesamt: Die Bauordnung zu nutzen, um den Spitzenplatz Berlins im Holzbau auszubauen, vielleicht von 3 auf 10 Prozent zu treiben und möglichst hohe Anteile zukunftsorientierter Bauwirtschaft in Deutschland nach Berlin zu holen – das ist das Programm, um das es dabei geht. Ich freue mich auf die Beratungen.

[Beifall bei der SPD und der CDU]

**Vizepräsidentin Dr. Bahar Haghanipour:**

Vielen Dank! – Für die Fraktion Die Linke spricht nun die Kollegin Gennburg.

<b>Plenarprotokoll 19/36</b>	Turnus <b>16.30</b> Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 6/6
	- pg -

**Dr. Matthias Kollatz (SPD):**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Gräff hat schon gesagt, was klar ist. Der Koalitionsvertrag beschreibt eine Position, die Berlin einnimmt, wenn es in die Gespräche mit dem Bund geht. Was ebenso klar ist, ist, dass man sich – das hat Herr Otto am Anfang, wie ich finde, richtig ausgeführt – mit dem Bund verständigen wird müssen. Berlin will Hauptstadt sein. Zu dem Thema, dass Berlin Hauptstadt sein will, gehört auch, dass Berlin nicht glaubt, alles zu wissen, was der Bund als Vertreter dessen, was die Hauptstadtorganisation ist, jeweils will. Wir haben in allen Konflikten, die es mit dem Bund gab – sei es um das Besucherzentrum oder um Behördenerweiterungen –, immer gesagt, dass das der Grundsatz ist, von dem aus verhandelt werden muss.

Deswegen ist klar: Das ist die Verhandlungsposition, und wenn nachher ein Kompromiss rauskommt, dann wird es eben ein Kompromiss sein, aber der Kompromiss kann vieles von dem, wenn nicht gar alles, was in der Koalitionsvereinbarung drinsteht, auch aufnehmen, und er kann auch vieles, vielleicht nicht alles, aber immerhin vieles, von dem aufnehmen, was die Rednerinnen und Redner der Opposition hier vorgetragen haben.

...

<b>Plenarprotokoll 19/36</b> Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Turnus <b>16.40</b> Uhr
	Seite 1/5
	- mo -

Denn natürlich ist es so, dass Herr Schinkel sicherlich gesagt hätte: Erst mal muss ein Gebäude so errichtet werden, dass man damit nachher auch etwas Gescheites anfangen kann.

Ich war noch nicht geboren, als das Gebäude stand, das dann im Weltkrieg zerstört worden ist, insofern kenne ich es nur aus Unterlagen. Was man dort aber erkennen kann, ist, dass das mit dem, was von der Bundesseite an Nutzung beabsichtigt ist, nicht so schrecklich viel zu tun hat, wenn man es einfach wieder aufbauen würde. Wir haben dort ganz andere Höhen, ganz andere Bedürfnisse, und dem muss auch Rechnung getragen werden. Und natürlich kann man, wenn man das tut, versuchen, vieles von dem, was an Herausforderungen der Gegenwart, auch bautechnische Art, bestehen, in diesem Projekt einzubringen und umzusetzen.

Eine Mitarbeiterin der SPD-Fraktion hat dazu einen klugen Satz gesagt. Sie hat gesagt: Das ist doch viel mehr Bauhaus 2.0 als irgendeine Museumsveranstaltung.

[Beifall von Andreas Otto (GRÜNE)]

Wir müssen davon ausgehen, dass wir in den Gesprächen mit dem Bund nicht als die Oberschlauen auftreten. Wir müssen versuchen, mit dem Bund eine Lösung zu finden, und wenn der Bund einigungswillig ist, wird das auch möglich sein. Und wenn das dazu führt, dass wir verschiedene Verfahrensschritte machen müssen, dann dauert es halt in dem Fall ein paar Wochen länger. Dann ist das so. – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

[Vereinzelter Beifall bei der SPD –  
Beifall bei der CDU]

**Präsidentin Cornelia Seibeld:**

Vielen Dank, Herr Kollege! – Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Eschricht das Wort.

<b>Plenarprotokoll 19/36</b>	Turnus <b>17.40</b> Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 3/5
	- gr -

**Dr. Matthias Kollatz (SPD):**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zur allgemeinen Aufmerksamkeit werde ich jetzt mal deutlich machen, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt an einem Punkt einen wesentlichen Unterschied zwischen der CDU und der SPD gibt.

[Anne Helm (LINKE): Das haben wir schon rausgekriegt! – Zuruf von den GRÜNEN]

Die Ankäufe waren gar nicht sehr populär hier in diesem Haus, wenn ich mich daran richtig erinnere, sondern es ist im Wesentlichen nur von der SPD gestützt worden und hat trotzdem stattgefunden.

Bei den Ankäufen haben wir sehr wohl bereits gewusst, dass wir dort Bestände haben, in denen nicht alle, aber ein erheblicher Teil ein Asbestthema haben wird. Aber wir wussten auch, dass, wenn die privat bleiben, es mit der Asbestsanierung sicherlich nicht schneller gehen wird, sondern das Gegenteil ist der Fall. Und deswegen war es unter diesem Gesichtspunkt auch richtig.

Um das mal mit Zahlen zu belegen – nach dem, was allgemein publiziert wird oder was man auch in Kleinen Anfragen nachlesen kann –: 122 000 Wohnungen in Berlin sollen und können es sein. – Wenn diese Zahlen stimmen, ist es so, dass unter Umständen bei den landeseigenen ein größerer Teil von diesen 122 000 Wohnungen ist. Das heißt also, von diesen 122 000 Wohnungen, wenn man das überschlägt, sind bei einem landeseigenen Wohnungsbaunternehmen wahrscheinlich gut 60 000, die einer Asbestsanierung bedürfen.

Die jährlichen Sanierungsraten – da wäre vielleicht ganz gut gewesen, es mal darzustellen – bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, liegen zwischen 4 000 und 5 000 Wohnungen. Es ist wichtig, das Tempo am oberen Rand dieser Marge zu stabilisieren. Dann wäre das Asbest in zehn bis zwölf Jahren bei den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften inklusive dieser Zukäufe beseitigt. Insofern ist es so, dass wir tatsächlich eine Verbesserung brauchen, und auch ein Förderprogramm kann einen gewissen Sinn machen. Aber wer hier so tut, als würden die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften nicht im bestehenden Finanzrahmen die Sanierung stemmen können, irrt. Das hat auch bei den Ankäufen durchaus eine Rolle gespielt.

Ein letzter Punkt: Die bisherigen Todesfälle, die bei Asbest berichtet werden, beziehen sich immer ganz stark auf die Berufsgruppen, die mit diesem Thema arbeiten. Es könnte – darauf hat Herr Otto hingewiesen – natürlich auch Do-it-yourself-Maßnahmen betreffen. Aber es ist ebenso klar, dass das Wohnen, wenn sachgerecht mit den Asbestbeständen umgegangen wird, im Wesentlichen auch

<b>Plenarprotokoll 19/36</b>	Turnus <b>17.40</b> Uhr
Niederschrift der Rede zur Berichtigung gemäß § 86 Abs. 1 GO Abghs	Seite 4/5
	- gr -

gefahrenfrei möglich ist, und das gehört zu dem Thema:  
Es macht auch Sinn, nicht zu viel Angst zu verbreiten,  
sondern es macht Sinn, sich dort auf die realistischen  
Themen zu beziehen.

Dass Asbest im großen Umfang eingebaut worden ist,  
nicht etwa um Leute krank zu machen, sondern weil man  
damals geglaubt hat, das hilft bei Bränden, um Leben zu  
retten, gehört zu dem Thema, dass Gesellschaften insge-  
samt dazulernen, und deswegen macht es jetzt Sinn, diese  
in dem Antrag angesprochene Informationskampagne zu  
verbessern. Es macht auch Sinn, über ein Förderpro-  
gramm nachzudenken. Es macht aber keinen Sinn, dar-  
über nachzudenken, dass dieses jetzt ein Bankrottthema  
der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften ist. Das  
Gegenteil ist der Fall. Die landeseigenen werden zeigen  
und sind schon gut dabei, dass sie es eher besser machen  
als die privaten, und das ist eine gute Nachricht für die  
Berliner. – Danke!

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU –  
Beifall von Anne Helm (LINKE)]

**Vizepräsident Dennis Buchner:**

Besten Dank! – Es folgt dann für die AfD-Fraktion der  
Abgeordnete Laatsch.